



**PRESSEMITTEILUNG**

Nr.174/GP

09.09.2024

**Gerlach fordert schnelles Handeln des Bundes bei der  
Suizidprävention - Bayerns Gesundheitsministerin: Steigende  
Suizidzahlen in Deutschland alarmierend - Welttag für Suizidprävention  
am 10. September**

**Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach** hat die Bundesregierung zu einem schnellen Handeln bei der Suizidprävention aufgefordert. Die Ministerin betonte am Montag anlässlich des Welttages für Suizidprävention am 10. September: „Aktuellen Zahlen zufolge gab es in Deutschland einen Anstieg von 10.119 Suiziden im Jahr 2022 auf 10.304 im Jahr 2023. In Bayern gab es im gleichen Zeitraum einen leichten Rückgang von 1.811 auf 1.799 Suizide.“

Gerlach fügte hinzu: „Es ist höchste Zeit, dass Bundesgesundheitsminister Lauterbach den Entwurf für das angekündigte Suizidpräventionsgesetz endlich vorlegt. Die im Mai vorgestellte Nationale Suizidpräventionsstrategie geht zwar in die richtige Richtung, lässt aber entscheidende Aussagen zur konkreten Umsetzung und insbesondere zur Finanzierung der geplanten Maßnahmen vermissen.“

Die Ministerin erläuterte: „Einige Ansätze der Nationalen Suizidpräventionsstrategie – wie eine zentrale einheitliche Krisendienstnotrufnummer – sind zu begrüßen und werden in Bayern schon erfolgreich umgesetzt. Die Krisendienste Bayern sind für Menschen in psychischen Krisen sowie Personen aus deren Lebensumfeld kostenlos und rund um die Uhr unter der einheitlichen Rufnummer 0800/6553000 erreichbar und können Krisenhilfe in mehr als 120 Sprachen leisten. Die Krisendienste können auch aufsuchend tätig werden, ergänzen das psychiatrische Versorgungssystem und übernehmen in diesem Zusammenhang auch eine Lotsen- und Steuerungsfunktion.“

Gerlach unterstrich: „Suizide hängen häufig mit einer psychischen Erkrankung oder einer akuten psychischen Krise zusammen. Deshalb sind – neben der raschen und fachkundigen Unterstützung von Menschen in psychischen Notlagen wie durch die Krisendienste – Prävention, Früherkennung sowie eine möglichst frühzeitige Behandlung von psychischen Störungen sehr wichtig.“

Der Masterplan Prävention für Bayern, den das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention derzeit gemeinsam mit den 150 Partnern im Bündnis für



Prävention, mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst und den Gesundheitsregionen<sup>plus</sup> im Freistaat erarbeitet, wird der Förderung der psychischen Gesundheit eine bedeutende Rolle zumessen.

Die Ministerin wies darauf hin, dass sich die Staatsregierung schon seit langer Zeit für Menschen mit psychischem Hilfebedarf einsetzt. Ein Beispiel ist das vom StMGP geförderte Projekt „Hilfe in seelischer Not – Psychische Gesundheit für Jung und Alt – HSN-Age“: Dabei werden Ersthelfer-Schulungen für psychische Notsituationen entwickelt und evaluiert. Ein Ziel der Kurse ist es, den Teilnehmenden Handlungsstrategien zur Linderung akuter psychischer Belastung in ihrem Umfeld zu vermitteln und die Entstigmatisierung psychischer Störungen weiter voranzubringen.

Weitere Informationen zu aktuellen Projekten, Maßnahmen und Kampagnen des StMGP können der Webseite [www.stmgp.bayern.de/vorsorge/psychische-gesundheit/](http://www.stmgp.bayern.de/vorsorge/psychische-gesundheit/), zu den Krisendiensten Bayern der Webseite <https://www.krisendienste.bayern/> entnommen werden.